

# KUNDGEBUNG



zum 25. Jahrestag  
des NSU-Mords an  
Süleyman Taşköprü

**Unterstützen wir die Forderung der  
Familie nach Aufklärung!**

**Sie fordert nach wie vor einen  
Parlamentarischen Untersuchungs-  
ausschuss.**

**MAUERN, BREMSEN, AUFKLÄRUNG VERHINDERN.  
SO KANN ES NICHT WEITERGEHEN!**

Der Generalbundesanwalt blockiert die Aushändigung  
von Ermittlungsakten des LKA Hamburg an die  
Forschungsgruppe, die die Ermittlungen zum Mord an  
Süleyman Taşköprü untersuchen soll.

Das nehmen wir nicht hin.  
Wir haben die Akten. Jetzt übergeben wir sie!

KOMMT ZUR

**Übergabe der  
Ermittlungsakten zum NSU  
an die Bürgerschaft**

**30.06.2026 // 17:00**

**Rathausstraße /  
Ecke Große Johannisstraße**



[www.hbgr.org](http://www.hbgr.org)

Vor 25 Jahren am 27. Juni 2001 wurde Süleyman Taşköprü in seinem Ladengeschäft in der Schützenstraße in Hamburg-Altona von der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ umgebracht. Er ist einer von zehn Mordopfern des NSU. Erst durch die unfreiwillige Selbstenttarnung des rechtsextremen Netzwerks 2011 endeten die institutionell rassistischen Mordermittlungen.

## **Institutioneller Rassismus**

Wenn wir heute an Süleyman Taşköprü denken, erinnern wir daran, dass gegen Familie Taşköprü während der Ermittlung selbst als „Täter“ im Rahmen vermeintlicher Organisierter Kriminalität ermittelt wurde. Das war beschämend, demütigend und rassistisch und kein Hamburger Einzelfall. Die Angehörigen der rassistischen Morde sind mehrfach schwer geschädigt worden: durch den Verlust ihrer Liebsten, durch Stigmatisierung, durch Täter-Opfer-Umkehr und durch das Versagen der Sicherheitsbehörden, den staatlichen und institutionellen Rassismus.



Auch im Gedenken nach 25 Jahren setzt es sich so fort. Die Familie wird wieder übergangen, über ihren Kopf hinweg sollte ein Gedenken organisiert werden. Auch an sie denken wir. Ihr Wunsch ist Aufklärung, Verarbeitung und Anerkennung des zugefügten Unrechts und ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA).

Der NSU-Terror begann nach ihrem Untertauchen im Jahr 1998 mit einem Sprengstoffanschlag auf ein türkisches Lokal in Nürnberg, weitere Bombenanschläge folgten. Im Jahr 2000 begann das NSU-Netzwerk seine Mordserie. Es wurden neun Menschen mit Migrationshintergrund und eine Polizistin ermordet. Etliche weitere Menschen wurden bei den Bombenanschlägen teils lebensgefährlich verletzt.

## **Versagen und Vertuschen**

Hamburg ist bis heute bundesweit das einzige Tatort-Land, das die Aufklärung des NSU-Komplexes durch einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) verweigert - obwohl (oder gerade weil?) dieses Instrument mit starken Befugnissen für die Aufklärung des NSU-Komplexes geeignet wäre. Die Koalition aus SPD und Grünen blockierte entsprechen-

de Anträge mit der nachweisbar falschen Begründung, solche Ausschüsse in anderen Ländern hätten keine neuen Erkenntnisse geliefert.

Wir wissen inzwischen aus vielen Quellen, dass der NSU ein Netzwerk und keine isolierte Zelle war. Eine gründliche politische Aufarbeitung des staatlichen Versagens und Vertuschens in Hamburg und der Rolle der damaligen militanten Hamburger Neonaziszene im NSU-Netzwerk kann somit nicht mehr stattfinden. Grundlage dafür waren konkrete Hinweise aus den Thüringer NSU PUA - Akten, die nun nicht mehr herangezogen werden können. Bundesweit wurden durch die verschiedenen PUAs nicht nur die institutionellen Defizite offengelegt, sondern auch 40 gut bezahlte Neonazis, größtenteils in Führungsfunktionen, als V-Personen des Verfassungsschutzes und der Polizei enttarnt.

## **Wissenschaftliche Untersuchung**

Stattdessen beschloss die rot-grün regierte Bürgerschaft im April 2023 eine wissenschaftliche Untersuchung, die vor allem das Ermittlungsversagen aufarbeiten soll. Dafür wurden 900.000 Euro und mehrere Stellen bewilligt. Dass so weder konkrete Verantwortlichkeiten benannt noch Konsequenzen gezogen werden können, war von Anfang an klar. Obwohl eine wissenschaftliche Aufarbeitung keinen Untersuchungsausschuss ersetzen kann, hat das Hamburger Bündnis gegen Rechts dennoch angeboten, dass es die Forschenden in ihrem Erkenntnisinteresse zur Ursachenanalyse unterstützen wird.

Den Wissenschaftler\*innen wurde hoch und heilig u. a. Zugang zu den Unterlagen der Sicherheitsbehörden versprochen. Dennoch konnte die wissenschaftliche Aufarbeitung faktisch noch nicht begonnen werden. Sie wird massiv verschleppt, da dem Institut die Akten des Landeskriminalamts Hamburg verweigert werden. Die Forschungsgruppe übt scharfe Kritik am Generalbundesanwalt, der die Herausgabe der Akten verhindert und versucht inzwischen, selbst juristisch dagegen vorzugehen.

Ob es was nützt? Unklar. Aber Abwarten ist für uns keine Option! Die Zeit rinnt den Forschenden und der Öffentlichkeit geradezu durch die Finger. So kann es nicht bleiben.

**Wir haben Akten, die das LKA nicht rausrücken darf.  
Und wir werden sie der Bürgerschaft in aller Öffentlichkeit übergeben.**